

OFFENe HEIDe

Kontaktadressen und

Mitfahrbörse: Klaus Czernitzki, ☎ 0176-21822068, Helmut Adolf, ☎ 0171-8309988

Malte Fröhlich, Dorfstraße 45, 39590 Tangermünde, ☎ 0173-2051088

22.01.2025

Spendenkonto: Andreas Lange, Uta Lippmann, BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE51 4306 0967 1315 9504 00, GLS Bank, Stichwort: OFFENe HEIDe

E-Mail: info@offeneheide.de

Internet: <http://www.offeneheide.de>

Abs.: Malte Fröhlich, Dorfstraße 45, 39590 Tangermünde

Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Gleichheit. In einer Gesellschaft in der es noch Arm und Reich - also Ungleichheit gibt, kann es auch keine Gerechtigkeit geben. - Daher auch keine Demokratie!

Horst Bulla

Liebe Freundinnen und Freunde der Colbitz-Letzlinger Heide,

schneller als man einen Arzttermin erhält, hatte die Bundesregierung 2022 zu Beginn des Krieges in der Ukraine das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen. Eben diese Bundesregierung hat aufgegeben, so dass es am 23. Februar 2025 Neuwahlen zum Deutschen Bundestag gibt. Diesen vorgezogenen Bundestagswahlen wollen wir mit unserem **377. Friedensweg am Sonntag, dem 02. Februar 2025**

widmen. Der Treffpunkt ist in **Magdeburg**, Leipziger Straße/Einmündung Fermersleber Weg. Für die Anreise bieten sich Straßenbahnlinien 3 und 9 bis zur Haltestelle Fermersleber Weg an. Auf der Freifläche werden wir unsere Kundgebung durchführen. Und wenn wir schon mal in der Nähe des Universitätsklinikums sind, laufen wir gleich auf der Leipziger Straße bis zur Brenneckestraße und zurück, das sind insgesamt etwa **1,5 km**. Mit dem Weg dort wollen wir auf die Diskrepanz zwischen den horrenden Rüstungsausgaben und den dazu im Vergleich bescheidenen Ausgaben für das Gesundheitswesen. Somit kann unser Transparent vom Festumzug auf dem 10. Sachsen-Anhalt-Tag 2006 „Das Gesundheitswesen hängt am Tropf. Die Bundeswehr steht auf dem Schlauch!“ wieder eingesetzt werden. Im Anschluss an den Weg gehen wir ins „Pik ASZ“ zum Picknick und zur thematischen Veranstaltung zu den Bundestagswahlen. Diskutiert werden soll, warum welche Partei gewählt werden soll.

Gewählt wurde schon in den USA und der neue US-Präsident benimmt sich wie die Axt im Walde. Die USA mit ihrem mit Abstand größten Rüstungshaushalt will sich die Ausgaben für die Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation sparen und aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten. Die Klimaerwärmung hat auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Zum Amtsantritt von Donald Trump betont Bundeskanzler Olaf Scholz die Wichtigkeit der transatlantischen Zusammenarbeit.

Das eingangs erwähnte Sondervermögen der Bundeswehr sind Sonderschulden für die Bundeswehr. Darauf hat bereits Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. auf unserem 350. Friedensweg hingewiesen. Rüstungsvorhaben waren „alte Hüte“, sich aber vor 2022 nicht realisieren ließen.

Für konkrete Fakten zur Hochrüstung sei hier auf die Internetseite der Informationsstelle <https://www.imi-online.de> verwiesen. Mit Rüstung lässt sich gut verdienen. Es wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. In diesem Zusammenhang muss bei der Wahlentscheidung daran gedacht werden, welche Partei sich für die Besteuerung von übergroßen Vermögen einsetzt, damit die öffentlichen Haushalte mehr Geld für die Allgemeinheit zur Verfügung haben.

Kürzlich erschien der Bericht der Entwicklungshilfe-Organisation OXFAM Deutschland.
<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-milliardaersmacht-beschaerlen>

Aus diesem Bericht ein paar Zitate:

„Im Jahr 2024 ist das Gesamtvermögen von Milliardär*innen um zwei Billionen US-Dollar gestiegen. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal schneller als noch 2023. Pro Woche kamen fast vier neue Milliardär*innen hinzu.

Gleichzeitig leben noch immer beinahe 3,6 Milliarden Menschen unter der erweiterten Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar pro Tag. In Deutschland wuchs das Gesamtvermögen der Milliardär*innen um 26,8 Milliarden US-Dollar. Die Zahl der Milliardär*innen stieg um neun auf 130.

Extreme soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie

In unserer Analyse „Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen“ zeigen wir, wie der Einfluss von Superreichen und ihren Konzernen nicht nur die soziale Ungleichheit immer weiter verschärft, sondern auch demokratische Prinzipien in ihren Grundfesten erschüttert.

Die mit dem Besitz von Konzernen einhergehende wirtschaftliche Macht führt auch zu politischer Macht. Superreiche und ihre Konzerne nehmen zunehmend Einfluss auf die Politik.

Steuerpolitik im Interesse der Superreichen

Superreiche und ihre Konzerne profitierten weltweit von Steuersenkungen und großzügigen Ausnahmeregelungen, während die Steuern für Milliarden von Menschen stiegen.

...

Gewinne für Superreiche durch steigende Konzernmacht

Weitere Vorteile für Superreiche ergeben sich aus der zunehmenden Monopolisierung der Wirtschaft. Einzelne Branchen werden von immer weniger Unternehmen dominiert. Die 20 reichsten Menschen der Welt sind Eigentümer*innen oder Großaktionär*innen von Großkonzernen, von denen viele durch eine marktbeherrschende Stellung so mächtig wurden.

Schwindendes Vertrauen in die Politik

Eine Politik, die Reiche bevorzugt und wenig gegen Armut und soziale Ungleichheit unternimmt, untergräbt das Vertrauen in die Demokratie. Die etablierten politischen Parteien und ihre Regierungen verlieren auch in Deutschland an Rückhalt. Das bereitet den idealen Nährboden für rechte Kräfte."

Bereits am **Montag, dem 27. Januar 2025 um 19 Uhr** lädt der Ortsverband der LINKEN Hohe Börde zur **Erinnerungssyrik** zum Gedenken an die Opfer des Holocausts in die Gaststätte „Zur Eisenbahn“ in **Niederndodeleben**, Bahnhofstraße 6 ein. Es liest **David Schliesing**, der in den letzten Jahren, so auch in diesem Jahr den Text für den Ostermarschauftauf verfasst hat bzw. noch daran arbeitet. Der Eintritt ist frei.

Zum **Arbeitstreffen** finden wir uns am **Mittwoch, dem 05. Februar 2025 um 19 Uhr** in Magdeburg im Stadteilladen in der Friedensstraße 52 ein.

Eine Gegendemonstration zur (Un-)Sicherheitskonferenz ist für den **15. Februar 2025 (Sonnabend)** in **München** geplant. Näheres dazu im Internet unter <http://www.sicherheitskonferenz.de>

Euer

Helmut Adolf